

Leitziel: Das Landesprogramm fördert und stärkt freiheitlich-demokratische und menschenrechtsorientierte Einstellungen und Verhaltensweisen und wirkt politisch motiviertem Extremismus präventiv entgegen.

Handlungsfelder: Prävention und Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus, Demokratiebildung, frühe und entwicklungsorientierte Prävention, phänomenübergreifende Prävention (u.a. des Antisemitismus)

Steuerungs- AG (2 -3 mal im Jahr)

- Weiterentwicklung, Qualitätssicherung

Verantwortliche Ministerien (Steuerungsgruppe)

Kultusministerium, Justizministerium, Ministerium für Inneres und Sport, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Staatskanzlei (indirekt):

- entscheiden über den Einsatz von Haushaltsmitteln und Personal
- setzen eigene Maßnahmen um
- Abstimmung mit der Steuerungsgruppe des Landesprogramms für Islamismusprävention

Beteiligte Zivilgesellschaft (Praxisbeirat)

Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung, AG Migrantinnen und Flüchtlinge in Niedersachsen, AK Entwicklungsorientierte Prävention und Bildung, Flüchtlingsrat Niedersachsen, LAG der freien Wohlfahrtspflege, LAG der Schulsozialarbeit, LAG Erziehungsbereitung, LAG soziale Brennpunkte, Lokale Partnerschaften für Demokratie, Nds. Integrationsrat, Nds. Landesjugendhilfeausschuss, Mobile Berater Niedersachsen

- fachliche Empfehlungen
- Rückkopplung in die Zivilgesellschaft

Wissenschaftliche Begleitung / Forschung

- externe Evaluation der Umsetzung
- Metaanalyse der Präventionsforschung
- Handlungsempfehlungen
- Wissenschafts-Praxis-Dialog
- Entwicklung von Analyse – und Auswertinstrumenten

Koordinierungsstelle beim LPR / MJ

- Koordination der Umsetzung
- Zivilgesellschaft einbinden
- Netzwerkmanagement
- Qualitätsentwicklung / Prototypenentwicklung
- Abstimmung mit der Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Islamismusprävention (MI)